

**Beschluss
der Stadtverordnetenversammlung**

8. November 2021
1 von 2

Offenlegung der NSU-Akten des Landes Hessen

Antrag der Fraktion DIE LINKE

- 101.19.187 -

Antrag

Versagen im NSU Skandal muss zum Rücktritt von Beuth und der Freigabe der Akten führen

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

- Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kassel erneuert die Forderung nach einer konsequenten Aufklärung der Morde an Halit Yozgat und Walter Lübcke und nach Offenlegung der NSU-Akten.
- Die Stadtverordnetenversammlung Kassel fordert den Innenminister des Landes Hessen Beuth zum Rücktritt auf.

➤ **Gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktionen B90/Grüne und SPD**

~~**Versagen im NSU Skandal muss zum Rücktritt von Beuth und der Freigabe der Akten führen**~~

Offenlegung der NSU-Akten des Landes Hessen

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

- Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kassel erneuert die Forderung nach einer konsequenten Aufklärung der Morde an Halit Yozgat und Walter Lübcke und **fordert die Landesregierung auf**, die nach Offenlegung der NSU-Akten **zu prüfen**.
- ~~Die Stadtverordnetenversammlung Kassel fordert den Innenminister des Landes Hessen Beuth zum Rücktritt auf.~~

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: B90/Grüne, SPD, Stadtverordnete Klobuczynski, Gleuel und Rieger

Ablehnung: Die Linke, FDP, AfD

Enthaltung: CDU

abwesend: Stadtverordneter Dr. Hoppe

den

Beschluss

Dem gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktionen B90/Grüne und SPD zum Antrag der Fraktion Die Linke betr. Offenlegung der NSU-Akten des Landes Hessen, 101.19.187, wird **zugestimmt**.

- **Durch gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktionen B90/Grüne und SPD geänderte Antrag der Fraktion Die Linke**

Offenlegung der NSU-Akten des Landes Hessen

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kassel erneuert die Forderung nach einer konsequenten Aufklärung der Morde an Halit Yozgat und Walter Lübcke und **fordert die Landesregierung auf**, die Offenlegung der NSU-Akten **zu prüfen**.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: CDU

abwesend: Stadtverordneter Dr. Hoppe
den

Beschluss

Dem durch Änderungsantrag der Fraktionen B90/Grüne und SPD geänderte Antrag der Fraktion Die Linke betr. Offenlegung der NSU-Akten des Landes Hessen, 101.19.187, wird **zugestimmt**.

Dr. Martina van den Hövel-Hanemann
Stadtverordnetenvorsteherin

Annika Kuhlmann
Schriftführerin